

Änderungsantrag

Hannover, den 25.03.2019

Fraktion der SPD
Fraktion der CDU

Europa - Chancen für alle! Europäische Austauschprogramme für die gesamte junge Generation zugänglich machen - Niedersachsen in Europa weiter stärken

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/1402

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung - Drs. 18/3173

Der Landtag wolle den Antrag in folgender Fassung beschließen:

EntschlieÙung

Junge Menschen, die an einem europäischen Austauschprogramm teilnehmen, haben die Möglichkeit, das Leben in einem anderen europäischen Land kennenzulernen und sich mit kulturellen Unterschieden und Gemeinsamkeiten auseinanderzusetzen. Jugendaustauschmaßnahmen fördern die Persönlichkeitsentwicklung und Beschäftigungsfähigkeit junger Menschen und tragen auf diese Weise zur Schaffung von Zukunftschancen bei. Begegnungen mit anderen Europäerinnen und Europäern machen Europa erlebbar und schaffen Möglichkeiten und Räume für die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Identität, die lokale, regionale und nationale Zugehörigkeitsgefühle ergänzt. Der europäische Gedanke und das Erleben eines europäischen Gemeinschaftsgefühls können besonders durch Begegnungen zwischen Jugendgruppen und Schulklassen befördert werden. Europäische Austauschmaßnahmen können helfen, das Zusammenwachsen Europas als Wert an sich zu begreifen. Sie fördern Frieden und Völkerverständigung. Der Mehrwert der europäischen Zusammenarbeit wird auf diese Weise erkennbarer. Europäischer Jugendaustausch kann ein Anreiz sein, die Zukunft der Europäischen Union (EU) aktiv mit zu gestalten.

Derzeit können viele aus Niedersachsens junger Generation noch nicht an diesen Europa-Chancen teilhaben. Das muss sich ändern. Es darf nicht mehr die Ausnahme sein, sondern soll bis 2025 die Regel werden, dass junge Menschen aus Niedersachsen die Möglichkeit bekommen, Auslandserfahrungen zu sammeln, sei es in der Schule, in der Ausbildung, im Studium, durch Jugendorganisationen, in der Jugendsozialarbeit, im Rahmen von schulischen und außerschulischen Jugendbegegnungen, Städtepartnerschaften, Freiwilligendiensten oder als Au-pair.

Der Landtag begrüÙt, dass

- sich zahlreiche Kommunen, Träger der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit, Betriebe, Kammern, Bildungs- und Forschungseinrichtungen sowie vielfältige Organisationen und Initiativen der niedersächsischen Zivilgesellschaft zum Teil seit vielen Jahren intensiv für europäische Partnerschaften und Austauschmaßnahmen engagieren und so jungen Menschen den Zugang zu Chancen eröffnen, welche das zusammenwachsende Europa bietet,
- die Europäische Kommission vorgeschlagen hat, die EU-Mittel für europäische Jugendaustauschmaßnahmen, die über Erasmus+ zur Verfügung gestellt werden, in der Zeit des kommenden mehrjährigen EU-Finanzrahmens ab 2021 deutlich zu erhöhen,
- mit der neuen EU-Jugendstrategie ab 2019 die Beteiligung, die Begegnung und die Befähigung junger Menschen in den Blick genommen wird, damit Europa mehr und mehr ein Kontinent wird, junge Menschen Chancen ergreifen und sich mit europäischen Werten identifizieren;
- auf EU-Ebene die rechtlichen Voraussetzungen für ein Europäisches Solidaritätskorps für humanitäre Hilfe geschaffen wurden,

- zur Förderung der internationalen Jugendarbeit unterschiedliche Förderquellen zur Verfügung stehen: Dazu gehören Mittel des Landes, Mittel im Rahmen des Kinder- und Jugendplans des Bundes (KJP), Mittel der bilateralen Jugendwerke, wie z. B. des Deutsch-Polnischen Jugendwerks (DPJW), des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW) sowie Mittel aus dem EU-Programm Erasmus+ Jugend in Aktion,
- zur Förderung des europäischen Austauschs von Schülerinnen und Schülern einerseits bilaterale Austauschprogramme mit Frankreich einschließlich der Schulkinoinitiative KINEMA mit Niedersachsens Partnerregionen in Frankreich und Polen sowie Projekte mit Niedersachsens Partnerregionen, insbesondere Schüleraustausche mit Frankreich und Spanien, durchgeführt werden und dass andererseits EU-Mittel aus dem Programm Erasmus+ für die Bereiche Schulbildung und berufliche Bildung zur Verfügung stehen,
- vielfältige Ansätze verfolgt werden, um europäische Auslandsaufenthalte von Studierenden zu fördern, darunter
 - das Erasmus+-Programm der EU, dessen Umsetzung durch den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) und die Akademischen Auslandsämter der Hochschulen unterstützt wird, sowie weitere Förderprogramme des DAAD wie z. B. PROMOS (Programm zur Steigerung der Mobilität von Studierenden deutscher Hochschulen), die sich nicht nur auf europäische Länder beziehen,
 - den Hochschulen finanzielle Anreize zu geben, die Auslandsmobilität ihrer Studierenden zu stärken,
 - durch das Programm „Förderung des Erlernens kleiner europäischer Sprachen“ das Interesse von Studierenden an den traditionell weniger nachgefragten Auslandsaufenthaltsmöglichkeiten in Osteuropa zu steigern,
- in Niedersachsen mehrere kostenfreie und neutrale Eurodesk-Partnerberatungsstellen zum Thema Auslandsaufenthalt arbeiten, an die junge Menschen sich wenden können, und dass Eurodesk-Angebote wie die Ausstellung „Raus von Zuhause“ von Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen oder Vereinen ausgeliehen oder dauerhaft beansprucht werden können,
- Schulen in ganz Niedersachsen sich bei der Planung, Durchführung und Evaluation von Mobilitätsmaßnahmen und Auslandsaufenthalten durch die Regionalabteilungen der Landesschulbehörde beraten und unterstützen lassen können. Auch ist zu begrüßen, dass sich die Fach- und Förderstellen für internationalen Schüleraustausch und Jugendarbeit in Deutschland sowie der Pädagogische Austauschdienst der Kultusministerkonferenz unter der Überschrift „Austausch macht Schule - Gemeinsam stark für Schüler- und Jugendaustausch“ zusammengefunden haben und Aktivitäten bündeln,
- der Pädagogische Austauschdienst unterstützt vom Niedersächsischen Kultusministerium Lehrkräften die Möglichkeit vermittelt, für einen Zeitraum von zwei bis drei Wochen an einer britischen, französischen oder spanischen Schule zu hospitieren,
- seit Herbst 2017 das Verfahren zur Genehmigung von Auslandsdienstreisen von Lehrkräften beschleunigt wurde,
- es in Niedersachsen zahlreiche Europa-Schulen mit vielfältigen europabezogenen Aktivitäten gibt und sich Bildungseinrichtungen der beruflichen Bildung im „Netzwerk Mobilität“ (NeMo) zusammengeschlossen haben.

Vor diesem Hintergrund bittet der Landtag die Landesregierung,

1. eine Initiative „Europa-Chancen für alle!“ ins Leben zu rufen mit dem Ziel, dass spätestens 2025 möglichst viele junge Menschen, die Bürgerinnen und Bürger Niedersachsens sind, die Chance haben, mindestens einmal vor ihrem 25. Geburtstag, also im Lebensabschnitt ihrer Schullaufbahn, Berufsausbildung oder in der Studienzeit, mindestens zwei Wochen lang den Alltag in einem anderen europäischen Land miterleben zu können. Um dieses Ziel zu erreichen, soll vorbehaltlich zur Verfügung stehender Haushaltsmittel die Landesregierung die bestehenden Strukturen, die sich mit europäischen Austauschprogrammen befassen, wo erfor-

derlich, besser vernetzen und unterstützen sowie ergänzen. Auf diese Weise trägt Niedersachsen weiter aktiv zur EU-Jugendstrategie bei und eröffnet insbesondere bisher benachteiligten Kindern und Jugendlichen einen Zugang zu europäischen Austauschmaßnahmen,

2. die Information junger Menschen über bestehende Möglichkeiten, an europäischen Austauschmaßnahmen teilzunehmen, zielgruppengerecht zu verbessern. Dies soll auch mithilfe von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in der Schulbildung, Jugendarbeit, Dualen Berufsausbildung und im Studium sowie mithilfe lokaler Netzwerke in den Kommunen, die Städtepartnerschaften pflegen, geschehen. Die vorhandenen Beratungs- und Unterstützungssysteme des Landes (z. B. der Niedersächsischen Landesschulbehörde und des Landesjugendamtes) weiterzuentwickeln und aufeinander sowie auf Angebote anderer Träger abzustimmen (z. B. bei den Kammern angesiedelte Beratungsstellen, die über Auslandsaufenthalte während der Dualen Berufsausbildung informieren, oder kommunale Entwicklungspläne aus der Initiative „Kommune goes International“ [KGI]). Dabei ist darauf zu achten, dass keine Parallelstrukturen geschaffen sowie fachliche und inhaltliche Überschneidungen vermieden werden,
3. in der schulischen Arbeit allen Schülerinnen und Schülern zu vermitteln, wie europäische, internationale und globale Fragen mit dem eigenen Leben vor Ort in Niedersachsen zusammenhängen,
4. die durch Programme der Europäischen Union wie Erasmus+ und Nachfolger gegebenen Möglichkeiten noch besser auszuschöpfen und dabei insbesondere Menschen mit geringeren Teilhabechancen beim Zugang zu den Programmen besser zu unterstützen,
5. ergänzend ein landeseigenes Stipendienprogramm für finanziell benachteiligte Auszubildende und Studierende zu prüfen,
6. das Antragsverfahren für die Gewährung von Zuschüssen zu europäischen Austauschmaßnahmen, wo möglich, weiter zu vereinfachen oder auf eine weitere Vereinfachung dieses Antragsverfahren hinzuwirken. Die Landesregierung wird ferner darum gebeten, sich für eine Harmonisierung und Entbürokratisierung der vielfältigen Förderinstrumente einzusetzen,
7. als Arbeitgeber und Dienstherr dafür Sorge zu tragen, dass möglichst viele Auszubildende sowie Anwärterinnen und Anwärter des Landes die Möglichkeit bekommen, einen Teil ihrer Ausbildung in einem anderen Mitgliedstaat der EU zu absolvieren. Gute Beispiele aus anderen Landesverwaltungen oder aus kommunalen Verwaltungen wie das Programm Städtebotschafter der Stadt Osnabrück, mit dem Nachwuchsverwaltungskräfte Einblicke in die Verwaltungen in einem anderen europäischen Staat erhalten können, sollen auf ihre Anwendbarkeit für die Landesverwaltung Niedersachsens geprüft werden,
8. im Rahmen der Lehrerausbildung die angehenden Lehrkräfte zu Auslandsaufenthalten zu ermutigen und darauf vorzubereiten, ihren Schülerinnen und Schülern den Zugang zu Europa-Chancen zu eröffnen und die Auseinandersetzung mit europäischen, internationalen und globalen Fragen zu erleichtern. Letzteres soll auch verstärkt in Fortbildungen für Lehrkräfte und Schulleitungen behandelt werden,
9. zu prüfen, inwieweit der zusätzliche Arbeitsaufwand, der Fachbereichsleitern bei der Planung und Durchführung von schulischen Austauschprogrammen entsteht, künftig noch besser im Stundenkontingent verankert werden kann,
10. zu prüfen, ob die Landesmittel zur Förderung europäischer Jugendaustauschmaßnahmen, z. B. zur internationalen Jugendarbeit und Jugendkulturarbeit und in den Partnerregionen Niedersachsens, ausgebaut werden können.

Begründung

Von europäischen Austauschprojekten profitieren einerseits die jungen Menschen selbst und andererseits ganz Niedersachsen und Europa: Der europäische Jugendaustausch bildet einen wesentlichen Grundstein für das friedliche Zusammenleben in Europa. Er baut Brücken zwischen den Nationalstaaten und fördert unter Berücksichtigung lokaler, regionaler und nationaler Identitäten die

gemeinsame europäische Zivilgesellschaft. Junge Teilnehmende europäischer Austauschmaßnahmen profitieren besonders, weil sie Empathie füreinander entwickeln, Freundschaften schließen aber auch weil ihre Persönlichkeitsentwicklung und Beschäftigungsfähigkeit gestärkt wird. Für zahlreiche Betriebe bieten europäische Jugendaustauschmaßnahmen Chancen, die Duale Berufsausbildung noch attraktiver zu gestalten und so potenzielle Fachkräfte anzusprechen, aber auch die Idee der Dualen Berufsausbildung in andere EU-Mitgliedstaaten zu vermitteln. Niedersachsen ist als Exportland ganz besonders auf ein selbstverständliches Miteinander über Staatsgrenzen hinweg angewiesen. Europa wird durch Jugendaustausch erlebbar und kann leichter mitgestaltet werden. All das spricht dafür, gemeinsame Anstrengungen mit der EU, dem Bund und den Kommunen zu unternehmen, künftig allen jungen Bürgerinnen und Bürgern Niedersachsens den Zugang zu solchen Europa-Chancen zu eröffnen.

Doch bisher nimmt nur ein Teil der jungen Generation an europäischen Jugendaustauschmaßnahmen teil.¹ Um europäischen Jugendaustausch für alle jungen Menschen zugänglich zu machen, ist eine gemeinsame Anstrengung auf allen politischen Ebenen erforderlich.

Auf EU-Ebene wird das ehrgeizige Ziel angestrebt, bis 2025 einen europäischen Bildungsraum zu schaffen. Der Europäische Rat forderte in seinen Schlussfolgerungen vom 14.12.2017 die EU-Mitgliedstaaten, den Rat und die Kommission auf, „im Einklang mit ihren jeweiligen Zuständigkeiten die Arbeiten weiter voranzubringen, um Folgendes zu erreichen: eine Verstärkung der Mobilität und des Austauschs, auch durch ein wesentlich gestärktes, inklusives und erweitertes Programm Erasmus+ (...).“ Die jugendpolitische Zusammenarbeit in der EU ab 2019 zielt darauf ab, mit der Jugendarbeit zu einem wertebasierten, demokratischen und sozialen Europa in Zeiten des politischen Wandels beizutragen. Damit in Einklang wird in Deutschland auf Bundesebene grundsätzlich eine Stärkung europäischer Austauschprojekte für junge Menschen beabsichtigt.

Für die Fraktion der SPD

Wiard Siebels
Parlamentarischer Geschäftsführer

Für die Fraktion der CDU

Jens Nacke
Parlamentarischer Geschäftsführer

¹ Vgl. die sogenannte Zugangsstudie der Robert Bosch Stiftung (2019) „Warum nicht? Studie zum internationalen Jugendaustausch: Zugänge und Barrieren“.